

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 49 (1969-1970)

Heft: 4: Schriftsteller und Politik

Artikel: Wirtschaftspolitische Chronik

Autor: Oeconomicus

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162285>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE CHRONIK

Die handelspolitischen Sondierungen der USA

Die handelspolitischen Sondierungen der USA in Europa und in Asien sind auch in den vergangenen Wochen weitergeführt worden. Nachdem der USA-Handelsminister Stans die Strapazen einer sehr ausgedehnten Erkundungsreise auf sich genommen hatte, traf in der ersten Hälfte Juni auch der USA-Landwirtschaftsminister Hardin in Brüssel ein, während der Präsident der EWG-Kommission sich nach den Vereinigten Staaten begab. Die neuralgischen handelspolitischen Fragen beziehen sich weiter auf die Textillieferungen nach den USA, auf die Wirkung der von der EWG eingeführten Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Verkehr, auf einige agrarpolitische Probleme sowie auf den Wunsch Europas, die USA möge das anachronistische American Selling Price System abschaffen. Konkrete Ergebnisse waren bei diesen Erkundungsgesprächen nicht zu erwarten. Und es ist, nachdem sie nunmehr über die Bühne gegangen sind, auch nicht wahrscheinlich, dass eine grossangelegte, neue Verhandlungs runde im Schosse des GATT bevorstehen könnte. Dazu scheint die Zeit noch nicht reif. Die Amerikaner stiessen bei ihrer Forderung, ihre Handelpartner möchten sich auf eine freiwillige Beschränkung der Textilexporte einigen, auf eine zwar höfliche, in der Sache aber deutliche Ablehnung. Auch bei den agrarpolitischen Differenzen sollen die schwebenden Fragen mehr pragmatisch, auf dem Wege bilateraler Kontakte zwischen den USA und der EWG behandelt werden.

Die *konjunkturelle Entwicklung* ist in den USA nach wie vor durch ein uneinheitliches Kräftespiel, durch gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet. Die Massnahmen Nixons zur Inflationsbekämpfung und zur Abkühlung der Überhitzungserscheinungen haben – was auch nicht zu erwarten war – noch keine ausreichende Wirkung

entfaltet. Die Preiserhöhungen halten an, und die bremsenden Kräfte sind noch zu schwach, als dass sie eine eindeutige Tendenzumkehr hätten provozieren können. – Von Interesse war sodann auch der Besuch von Bundeswirtschaftsminister Schiller in den USA, der in der Folge, insbesondere in der britischen Presse, massive Spekulationen auslöste. Die Zusammenkunft Schillers mit den Spitzen der amerikanischen Wirtschaft verlief aber nicht so dramatisch, wie die angelsächsische Presse es darstellte. Schiller und seine Gesprächspartner sind sich darin einig, dass die Schaffung von Sonderziehungsrechten beim Internationalen Währungsfonds (IMF) im Herbst in Aussicht genommen werden könnte. Dieses neue Instrument sei als ein wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung der internationalen Währungsordnung zu betrachten. Schiller zeigte in dieser Beziehung allerdings – und begreiflicherweise – eine grössere Zurückhaltung als seine amerikanischen Verhandlungspartner.

Die Bundesrepublik Deutschland nach dem Aufwertungsverzicht

Dem neuesten Quartalsbericht der Bundesbank ist zu entnehmen, dass die konjunkturellen Anspannungen in der Bundesrepublik ein erhebliches Ausmass angenommen haben; die Produktionsfaktoren sind, so stellt die Bundesbank fest, überfordert und die Bundesrepublik ist der akuten Gefahr einer eigentlichen *Boomsituation* mit all ihren Nachteilen ausgesetzt. Ein starker, und trotz der «Quasi-Aufwertung» kaum gebremster Nachfragedruck kommt aus dem Ausland. Der Exportüberschuss hat noch nicht abgenommen, so dass der «Mechanismus» der importierten Inflation bereits in Aktion getreten ist. Es kann nicht erstaunen, dass sich die Bundesbank, die sich seit dem letzten Herbst mit Vehemenz für eine Aufwertung der D-Mark eingesetzt hatte, den Ersatzmassnahmen der Regie-

rung skeptisch gegenübersteht. Es wird zwar, und dies nicht ganz unbegründet, behauptet, dass sich Bundeskanzler Kiesinger seinen Nichtaufwertungsbeschluss von grossen Teilen der Wirtschaft durch ein *Preisstillhalteversprechen* habe honorierten lassen. Sollte dies der Fall sein, und vieles spricht dafür, so würde die Preisfront vermutlich erst nach den Wahlen vom 28. September in Bewegung geraten.

Prof. H. Giersch, prominentes Mitglied des Deutschen Sachverständigenrates und engagierter Aufwertungsbefürworter, stellte zu dieser Problematik im Rahmen einer Vortragsveranstaltung in Zürich (Schweizerisches Institut für Auslandsforschung) nochmals eindrücklich ins Licht, dass sich die Bundesrepublik in einer Wirtschaftslage befindet, in der starke destabilisierende Kräfte am Werke sind. Er bedauerte den primär politisch gefärbten Entschluss der Bundesregierung, an der Parität der D-Mark festzuhalten, und sprach sich für die Befolgung einer Politik aus, die der Erhaltung des Geldwertes den Primat einräumt. Prof. Giersch möchte seine Überzeugung durch eine rechtzeitige und dosierte Nachfragesteuerung, durch eine konjunkturrechte Lohnpolitik, die sich am Produktivitätszyklus orientiert, durch eine aktive Wettbewerbspolitik sowie durch eine entsprechende Wechselkurspolitik verwirklicht sehen. Der Referent erkennt am Verhalten der Kurse am Termindevisenmarkt bereits eine eskomptierte Inflationsrate von etwa 4% bis Ende des Jahres.

Schuldenkonsolidierung in Grossbritannien

Grossbritanniens Wirtschaftslage ist weiterhin wenig rosig. Zwar hat sich die Zahlungsbilanz im ersten Quartal etwas verbessert, aber sie ist noch immer stark defizitär, und die Aussichten auf eine endgültige Sanierung liegen in weiter Ferne. Das Hauptproblem sieht die Bank von England in ihrer üblichen Analyse der Wirtschaftslage vor allem in der *Lohnentwicklung*. Sollten die Löhne, wie in der Ver-

gangenheit, steigen, so müsste daraus wiederum eine Belebung der Konsumgüternachfrage resultieren, die sich, wie das in Grossbritannien normalerweise der Fall ist, sehr rasch in einen Importsog überträgt. Eine solche Entwicklung wiederum hätte Konsequenzen bezüglich der Zahlungsbilanz und müsste damit letztlich auch die Position des Pfund Sterlings beeinträchtigen. Die Regierung Wilson muss deshalb versuchen, eine Stabilisierung der Lohnfront herbeizuführen. Diesem Zweck dienten unter anderem die stark umstrittenen Bemühungen um die *Streikgesetzgebung*, die das Verhältnis der sozialistischen Regierung und der Gewerkschaften auf eine Zerreissprobe stellte.

Eine gewisse Erleichterung ist für die britische Regierung anderseits dadurch eingetreten, dass sich der Internationale Währungsfonds – allerdings mit wenig Begeisterung – bereit erklärte, Grossbritannien einen *neuen Kredit* einzuräumen. Der Zehnerklub einigte sich anfangs Juni darauf, im Schosse der allgemeinen Kreditvereinbarungen an einem neuen, vom IMF zu gewährenden Kredit teilzunehmen. Der Zehnerklub hat beschlossen, dem IMF zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, die zusammen mit den Mitteln, über die der Fonds bereits disponieren kann, dazu verwendet werden sollen, Grossbritannien Ziehungsrechte im Rahmen einer Beistandsvereinbarung einzuräumen. Über die Höhe und die Bedingungen des neuen Kredites wurden keine Angaben gemacht. In Washington ist jedoch durchgesickert, dass der neue Kredit zur Ablösung der Verpflichtungen verwendet werden solle, die auf die Ziehung vom Mai 1965 zurückgehen und die sich noch auf rund 1 Mia. Dollar belaufen.

Überhitzungserscheinungen in der Schweiz?

Die Anzeichen mehren sich, die auf eine *steigende konjunkturelle Anspannung* in der Schweiz hindeuten. Zwar sind seit Jahresbeginn die Konsumentenpreise noch

relativ stabil geblieben. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass sich die Wirtschaft in einem expansiven Trend befindet, der vor allem von der Auslandsnachfrage alimentiert wird. Der Auftragseingang in der Industrie ist im Steigen begriffen, und die Zuwachsrate im Export gehören zu den höchsten, die je ausgewiesen wurden. Die Grosshandelspreise haben bereits reagiert und andere Preiskategorien, vor allem im Bausektor, haben ebenfalls bereits stark angezogen. Das Kreditvolumen – ein sehr wichtiges Vorwarnungszeichen – hat sich in den Monaten April und März sprunghaft erhöht. Von der Liquiditätsseite sind keine Hemmungen zu erwarten.

Die Nationalbank hat bereits verschiedentlich auf diese bedrohliche Situation hingewiesen. Sie versucht offenbar, mit den Banken ein freiwilliges Abkommen über eine direkte Kreditbegrenzung zu erreichen. Außerdem stehen noch gewisse finanzpolitische Möglichkeiten offen (Erzielung von Überschüssen in der eidgenössischen und in den kantonalen Rechnungen), die jedoch, wenn überhaupt, nicht stark ins Gewicht fallen dürften. Jahre nach dem «Konjunkturdämpfungsdrama» steht die Schweiz dieser Situation ebenso hilflos gegenüber wie zu Beginn der sechziger Jahre!

Oeconomicus

DIE LÖSUNG DER INTERNATIONALEN WÄHRUNGSPROBLEME: FALSCHEN UND RICHTIGE ALTERNATIVEN

Eine Zuschrift

Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Professor *Gottfried Haberler* hat in einer inhaltsreichen Abhandlung, die unter dem Titel «Internationale Währungsprobleme» in der Juni-Nummer der «Schweizer Monatshefte» erschienen ist, die aktuelle Frage untersucht, wie die während der letzten Jahre im Gefolge der internationalen Währungskrisen entstandene Tendenz zur Beschränkung des freien internationalen Güter- und Kapitalverkehrs gestoppt und ins Gegenteil gewendet werden könnte. Er sieht die Lösung in der Einführung *flexiblerer Wechselkurse* bei gleichzeitiger *Erweiterung der Bandbreiten*. Seine Ausführungen seien hier kurz kritisch gewürdigt; aus Raumgründen können freilich nur einige grundsätzliche Aspekte des Problems erwähnt werden.

Ursachen der internationalen Währungskrisen

Nach Haberler liegen die Gründe für die monetären Ungleichgewichte in den Unter-

schieden, welche zwischen den relevanten Industrieländern bezüglich der *Toleranz gegenüber Wachstumsverlusten* einerseits und gegenüber *Preissteigerungen* anderseits bestehen. Das Zusammenwirken dieser Faktoren verhindert eine zahlungsbilanzkonforme Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern bzw. eine für den Zahlungsbilanzausgleich erforderliche Harmonisierung der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zwischen den relevanten Volkswirtschaften.

Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, dass die internationalen Währungskrisen der letzten Jahre zum Teil durch zwischenstaatliche *Unterschiede im Wirtschaftswachstum* verursacht wurden. Das Vorhandensein von Wachstumsunterschieden bewirkt, dass sowohl die für den gleichen Grad monetärer Disziplin zu erbringenden Beschäftigungsverluste wie auch die aus dem gleichen Beschäftigungsgrad resultierenden Inflationsraten unterschiedlich sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zwischenstaatliche Diskrepanzen im Wirtschaftswachs-